

Medienmitteilung

Bern, 25. Januar 2022

Coronavirus: Verbände und Vertreter bürgerlicher Parteien fordern sofortige Aufhebung der Massnahmen

Dass der Bundesrat die Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus verlängert hat, ist unverhältnismässig. Der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Fitness- und Gesundheitscenter Verband, die EXPO EVENT Swiss LiveCom Association, GastroSuisse sowie Vertreter der bürgerlichen Parteien Die Mitte, FDP und SVP fordern deshalb die sofortige Aufhebung der Zertifikats- als auch der Homeoffice-Pflicht sowie der Quarantäne- und Isolationsbestimmungen.

„Viele Branchen als auch die Bevölkerung leiden massiv“, sagte Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Grund sind die Homeoffice-Pflicht, die Quarantäne- und Isolationsbestimmungen als auch das 2G- bzw. 2G+-Regime, die der Bundesrat letzte Woche verlängert hat. Deshalb haben der Schweizer Gewerbeverband, der Schweizerische Fitness- und Gesundheitscenter Verband, die EXPO EVENT Swiss LiveCom Association, GastroSuisse sowie Vertreter der bürgerlichen Parteien Die Mitte, FDP und SVP an ihrer heutigen Medienkonferenz in Bern die **sofortige Aufhebung dieser Corona-Massnahmen gefordert**.

„Diese geltenden Einschränkungen sind **gesellschaftlich und wirtschaftlich nicht mehr vertretbar**“, sagte Mitte-Nationalrat Alois Gmür. „Die Menschen wollen nach zwei Jahren Pandemie wieder zurück zur Normalität.“ Insbesondere ist die **Zertifikatspflicht in der aktuellen Situation unverhältnismässig und verfassungswidrig**, wie die Verbände und bürgerlichen Parteivertreter geschlossen betonten. „Die Massnahmen zeigen nicht die erwarteten Wirkungen“, sagte Claude Ammann, Präsident vom Schweizerischen Fitness- und Gesundheitscenter Verband. Und Casimir Platzer, Präsident von GastroSuisse, doppelte nach: „Das Zertifikat ist nutzlos, denn es verhindert keine Ansteckungen mehr, denn die Leute stecken sich an, und zwar überall, mit oder ohne Zertifikat“, sagte er.

Dass diese Einschränkungen sofort aufzuheben sind, betonte auch FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger. Denn eine Überlastung des Gesundheitswesens ist nicht mehr zu erkennen. Die Zahl der Covid-Patienten auf den Intensivstationen ist deutlich gesunken und wird weiter sinken. Schliesslich befinden sich dort kaum Patienten, die wegen einer Ansteckung mit der dominanten Omikron-Variante behandelt werden müssen. SVP-Nationalrat Thomas Matter doppelte nach: „Der Grossteil der Bevölkerung **hat sich angesteckt oder wird sich in den nächsten zwei Wochen anstecken**, die Mehrheit davon ohne oder nur mit leichten Symptomen“, sagte er.

Der Schaden, der nun mit einer Verlängerung der Massnahmen angerichtet wird, ist weit grösser als der Nutzen. „**Die Wertschöpfungsketten müssen sich so schnell wie möglich von den Beeinträchtigungen erholen**“, so Christoph Kamber, Präsident von Expo Event. Die betroffenen Branchen sind zudem aus dem Härtefallprogramm 2022 rasch und möglichst unbürokratisch zu entschädigen, solange sie aufgrund der aktuellen Situation von massiven Umsatzausfällen betroffen sind.

Dieser Medienmitteilung sind die Reden der Referentinnen und Referenten angefügt.

Kontakte

- **Hans-Ulrich Bigler**, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV
Mobile 079 285 47 09, h.bigler@sgv-usam.ch
- **Claude Ammann**, Präsident, Schweizerischer Fitness- und Gesundheitscenter Verband SFGV
Mobile 079 476 12 63, c.ammann@sfgv.ch
- **Christoph Kamber**, Präsident EXPO EVENT
Mobile 079 679 12 36, christoph.kamber@redspark.ch
- **Casimir Platzer**, Präsident GastroSuisse
Telefon 044 377 53 53, communication@gastrosuisse.ch
- **Thomas Matter**, Nationalrat SVP
Mobile 079 404 70 42, politik@mattergroup.ch
- **Daniela Schneeberger**, Nationalrätin FDP und Vizepräsidentin Schweizerischer Gewerbeverband sgV
Mobile 079 233 84 80, daniela.schneeberger@parl.ch
- **Alois Gmür**, Nationalrat Die Mitte, Zentralpräsident VSG, Bierbrauer
Mobile 079 381 98 75, aloes.gmuer@parl.ch

Hans-Ulrich Bigler

Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Rede zur Medienkonferenz vom 25. Januar 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen, dass Sie sich heute Zeit nehmen für ein wichtiges Anliegen: Die vom Bundesrat in Zusammenhang mit der Covid-Pandemie erlassenen Massnahmen führen in zahlreichen Branchen unserer Wirtschaft zu massiven Problemen – ohne dass sie geeignet wären, die epidemiologische Entwicklung heute noch positiv zu beeinflussen. Vertreterinnen und Vertreter der Gastrobranche, des Fitnessgewerbes, von Eventveranstaltern, Dienstleistungsbetrieben und der bürgerlichen Parteien FDP, SVP und «Die Mitte» werden Ihnen schildern, wie und weshalb die Massnahmen des Bundesrats ihnen allen grosse Probleme bescheren. Sie alle lehnen die Verlängerung dieser Massnahmen, wie sie der Bundesrat am 19. Januar beschlossen hat, entschieden ab. Gemeinsam fordern wir die sofortige Aufhebung der Corona-Massnahmen.

Ich möchte mich auf drei Aspekte konzentrieren: Homeoffice-Pflicht, Quarantäne und Isolation. Der Schweizerische Gewerbeverband erachtet eine generelle Homeoffice-Pflicht nach wie vor als nicht zielführend. Im Zuge der Covid-Krise haben jene Unternehmen, bei denen dies sinnvoll und möglich ist, längst individuelle Regelungen eingeführt. Doch in manchen Branchen ist Homeoffice schlicht nicht durchsetzbar. Ausserhalb der Dienstleistungsbranche ist Telearbeit für zahlreiche Betriebe schlicht keine Option. Wir fordern deshalb, dass die Homeoffice-Pflicht aufgehoben wird – sie schadet dem Gewerbe.

Weiter fordern wir auch, dass Quarantäne- und Isolationsmassnahmen aufgehoben werden. Wie schon unter dem Homeoffice leidet das Gewerbe auch unter diesen Massnahmen massiv. Die Frequenzen in der Gastronomie, aber auch in der Fitnessbranche, um nur zwei Beispiele zu nennen, sind massiv zurückgegangen: Das Gewerbe leidet. Die Gründe sind klar: Wer nicht am Arbeitsplatz tätig ist, isst am Mittag auch nicht im nahegelegenen Restaurant. Fast 70 Prozent der Gastrobetriebe arbeiten deshalb zurzeit defizitär. Mit der Einführung der Zertifikatspflicht hat sich die Lage für viele erst recht verschärft. Und dies nicht nur in der Gastronomie: Wer nicht zur Arbeit fährt, besucht danach auch nicht sein Fitness-Studio gleich um die Ecke. Auch hier sind Umsatzeinbrüche die Folge.

Die drei erwähnten Massnahmen – Homeoffice-Pflicht, Quarantäne und Isolation – schaden den Unternehmen. Isolation und Quarantäne sollen deshalb wegfallen, denn die Personen – gerade auch die unzähligen Arbeitnehmenden, die ohne Symptome zum zuhause bleiben gezwungen werden – sie alle werden in der Wirtschaft gebraucht.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich betreffend Homeoffice-Pflicht gefunden. Eine reine Empfehlung ist heute ausreichend – eine Pflicht braucht es nicht. Unsere KMU wissen nach bald zwei Jahren der Pandemie sehr gut, wie sie Ansteckungen im Unternehmen nach Möglichkeit verhindern und damit ihren Betrieb aufrechterhalten können: Mit der Umsetzung ihrer bewährten Schutzkonzepte. Sie setzen diese tagtäglich um. Im Interesse ihrer Angestellten, ihrer Kunden – und in ihrem eigenen Interesse. Denn sie setzen alles daran, diese Krise möglichst unbeschadet zu überstehen. Und darum muss es schliesslich bei allen Corona-Massnahmen gehen. Dass wir gemeinsam durch diese Krise kommen.

Ich übergebe das Wort nun an Alois Gmür, Nationalrat «Die Mitte», Bierbrauer – und Vertreter der Getränkebranche.

Alois Gmür, Nationalrat Die Mitte und Präsident SwissDrink
Rede zur Medienkonferenz vom 25. Januar 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Geschätzte Damen und Herren

Als Miteigentümer und Braumeister einer Brauerei mit angeschlossenem Getränkehandel in der Innerschweiz spüre ich und die gesamte Gastro-Zulieferbranche die Einschränkungen wegen Corona hautnah. Unser Betrieb steht wirtschaftlich seit bald 2 Jahren stark unter Druck. 60% unseres Umsatzes machen wir in der Gastronomie und 20% mit Lieferungen an kleine und grosse Feste, wie Chilbi, Open Airs und jetzt Fastnachtsanlässe.

Bei der Totalschliessung im letzten Jahr hatten wir 50% weniger Umsatz als in einem normalen Jahr. Aktuell ist es nicht mehr so viel, aber immer noch mehr als 30% weniger als normal. Unsere Bierbrauer und Chauffeure sind aktuell in Kurzarbeit. Ich merke je länger je mehr Unzufriedenheit unter den Mitarbeitern. Die Kurzarbeit schlägt auf die Psyche des betroffenen Personals. Sie wären glücklich, einfach wieder normal arbeiten zu können.

Die Restaurants in den Dörfern, wo man sich zu einem Feierabendbier oder nach der Musik- oder Gesangsprobe, nach dem Turnen oder der Feuerwehrübung trifft, werden schlecht besucht. Am Abend sind die Gaststätten ohne Gäste und die Dörfer wie leergefegt. In den Städten fehlen wegen der Homeofficepflicht in den Firmenkantinen und in den Speiselokalen die Mittags- und Feierabendgäste.

Unser Betrieb hat das Glück, dass wir über den Détailhandel und den Heimverkauf noch Umsatz kompensieren können. Das ist aber nur einen Tropfen auf den heissen Stein. Die Zertifikatspflicht hält viele Leute davon ab Gaststätten zu besuchen. An vielen Orten fehlen die Ungeimpften in den Restaurants. Viele Gruppen sind wegen den Vorschriften aber auch aus Angst vor einer Ansteckung auseinandergerissen. Es macht keinen Spass, wenn man sich nicht mehr in gewohnter Runde treffen und austauschen kann.

Diese Entwicklung hat für uns als Zulieferer der Gastronomie grosse wirtschaftliche Folgen, die es jetzt zu berücksichtigen gilt.

Ich bitte deshalb den Bundesrat Einschränkungen wie die Zertifikatspflicht, die Umsatzeinbussen verursacht und zudem die Gesellschaft spaltet sofort aufzuheben. Die Homeofficepflicht sollte ebenfalls aufgehoben werden.

Wir alle wollen so schnell als möglich unser früher gewohntes Leben wieder führen und miteinander arbeiten, miteinander geniessen, miteinander einen Kaffee, ein Gläschen Wein oder ein bekömmliches Bier trinken.

Casimir Platzer, Präsident von GastroSuisse
Rede zur Medienkonferenz vom 25. Januar 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Medienschaffende
Geschätzte Damen und Herren

Es ist höchste Zeit! Die Zertifikatspflicht wurde im vergangenen September ausgedehnt, weil man annahm, dass von Geimpften und Genesenen eine geringe Ansteckungsgefahr ausgeht. Heute weiss man: mit Omikron ist das Ansteckungsrisiko für alle sehr hoch. Sie können sich überall infizieren, auch zu Hause, im öffentlichen Verkehr oder in einem Laden, mit oder ohne Zertifikat. Gleichzeitig ist das Virus weniger gefährlich, so dass es die Spitalkapazitäten weniger unter Druck bringt.

Die Zertifikatspflicht ist somit wirkungslos geworden, denn sie verhindert keine Ansteckungen mehr. Auch seriöse Gesundheitsexperten erachten mittlerweile das Zertifikat aus epidemiologischer Sicht als nutzlos und man könne es sofort aufheben. Das Zertifikat soll nur noch für den ursprünglich angedachten Gebrauch verwendet werden, nämlich für internationale Reisen.

Wir fordern den BR auf, die Zertifikatspflicht im Gastgewerbe, in Kultur-, Freizeit-, Sport- und Unterhaltungseinrichtungen umgehend aufzuheben. Lieber noch heute als morgen. Wie andere Länder es auch schon gemacht haben. 2G bzw. 2G+ belasten die betroffenen Branchen und auch die Gesellschaft unnötigerweise. Zudem zeigt sich immer mehr, dass es für die Zertifikatspflicht gar keine richtige Rechtsgrundlage gibt und dass diese Ungleichbehandlung spätestens in der aktuellen Situation sogar verfassungswidrig ist.

Es ist höchste Zeit! Es gibt nur noch wenige Epidemiologen, Virologen und Infektiologen, die immer noch Angst und Panik verbreiten. Sie machen Modellrechnungen und Szenarien, die gar nie eintreten. Bundesrat Berset hat selber vor rund 10 Tagen gesagt, dass heute eine Ansteckung mit Corona für die allermeisten von uns nicht schlimmer ist als eine Erkältung oder eine Grippe.

Geschätzte Damen und Herren, fast der ganzen Schweizer Wirtschaft geht es gut, ja z.T. sogar sehr gut. Bis auf wenige Ausnahmen. Man scheint offenbar zu vergessen, dass es nach wie vor Bereiche und Branchen gibt, die immer noch massive Umsatzeinbussen zu verzeichnen haben. 50, 60 oder gar 70% weniger Umsatz machen. Ich denke da an viele Betriebe des Gastgewerbes, Bars und Clubs, Diskotheken, aber auch viele Hotels, die Fitnesscenter, der ganze Kulturbereich, die Messe- und Veranstaltungsbranche, Sport- und Freizeiteinrichtungen. Und nicht zuletzt alle vor- und nachgelagerten Branchen.

Liebe Medienschaffende, fragen Sie nicht die Kreditkartenunternehmen, wie stark die Umsätze eingebrochen sind. Fragen Sie unsere Lieferanten, Brauereien, wie die Brauerei von NR Alois Gmür, die ihre Produkte mehrheitlich im Gastgewerbe absetzen. Fragen Sie unsere Gemüsehändler, unsere Bäcker und Metzger. Die werden ihnen sagen, wie viel weniger sie verkaufen. Fragen Sie die vielen Mitarbeitenden, die wieder in Kurzarbeit sind, und die seit vielen Monaten auf 20% ihres Einkommens verzichten müssen.

Bund und Kantone müssen also unbedingt schnell handeln und die betroffenen Branchen und Personen für die durch die Massnahmen, die Angstmache und die Verunsicherung der Bevölkerung bewirkten Ausfälle zu entschädigen, solange sie so stark betroffen sind. Ansonsten werden ganze Lieferketten in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen.

Geschätzter Bundesrat, es reicht. Heben Sie die unnötigen und unverhältnismässigen Massnahmen sofort auf. Machen Sie's z.B. wie England. Auch unser Land braucht einen Freedom Day. Die Schweizer Bevölkerung wird ihnen danken. Fast alle Menschen wollen und brauchen nämlich Restaurants, Cafés, Bars, Veranstaltungen, Konzerte, Fussballmatches, Fitnessstudios, ...

Claude Ammann, Präsident SFGV
Rede zur Medienkonferenz vom 25. Januar 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Die Fitnessbranche gilt zweifelsfrei als eine der am meisten geschädigten Branchen der Covid-Krise. Der SFGV steht mit seinen rund 400 KMU voll und ganz hinter den Forderungen des Gewerbeverbandes zur Beendigung der Zertifikatspflicht sowie Aufhebung der Maskenpflicht während des Trainings in Innenräumen unserer Betriebe.

Ebenso erwarten wir nun eine schnelle, faire und gerechte Entschädigung der verursachten Umsatzeinbussen durch die staatlich verordneten Einschränkungen und Betriebsschliessungen.

Rund 10 bis 12% unserer KMU sind in der Covid-Krise in den Konkurs gegangen oder von grossen Kettenbetrieben übernommen worden.

Umsatzeinbrüche von 40 bis 60 % in den letzten 2 Jahren sind eine Tatsache und gefährden die naheliegende Zukunft der KMU in der Fitness Branche.

Es muss nun eine schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfe zur Rettung der verschuldeten Unternehmen kommen, um den bevorstehenden Sommer überleben zu können. Die vorgeschlagene Verordnung vom Finanzdepartement muss dringend gemäss den Eingaben vom Gewerbeverband verbessert werden.

Die Maskenpflicht beim Training in Innenräumen mit Luftsensoren ausgestatteten sind, muss sofort aufgehoben werden, denn diese Massnahmen von 2G und 2G+ sowie der Maskenpflicht zeigen bei der Verhinderung der Übertragungen in den Fitnessunternehmen nicht die erwartete Wirkung bzw. die Übertragungen finden in stärker frequentierten Orten wie Skigebiete, öffentlicher Verkehr, Detailhandel usw. statt.

Zusätzlich gilt es zu bedenken, dass ein Gesundheitstraining mit Maske ab einer gewissen körperlichen Anstrengung nicht nur leistungsmindernd ist, sie kann sogar für Personen mit kardiovaskulären oder pulmonalen Vor-Erkrankungen risikoreich sein. Nicht ohne Grund lehnt die WHO die Maske bei körperlichen Anstrengungen ab.

Deshalb ist auch eine Maskenpflicht bei unseren grossen Räumlichkeiten und überwachter Luftqualität mit Sensoren sofort auszusetzen, die Zertifikatspflicht abzuschaffen und zu einem normalen Betrieb mit Schutzkonzept zurückzukehren.

Christoph Kamber, Präsident EXPO EVENT Swiss LiveCom Association
Rede zur Medienkonferenz vom 25. Januar 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Medienschaffende, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne schliesse ich am Votum von Herrn Amman an und erläutere die **schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie** für die Veranstaltungsbranche.

Unternehmen der Veranstaltungsbranche waren zu Beginn der Pandemie die ersten Betroffenen des faktischen Arbeitsverbots und werden vermutlich auch die letzten sein, welche wieder normal arbeiten dürfen. Die aussergewöhnlichen Umstände ziehen sich wider Erwarten nun schon zwei Jahre in die Länge und belasten das ganze System massiv.

Für unsere Branche bedeutet das, zwei Jahre **mit Umsatzeinbussen von über 50%** und damit ein Angriff auf die Substanz vieler, vor der Krise gesunder Unternehmen. Die Hilfsmassnahmen wie Kurzarbeit, Erwerbsersatz und Härtefallgelder haben glücklicherweise verhindert, dass es zu einer Konkurswelle gekommen ist, welche einem ausgeglichenen Angebot von Anbietern über Jahre nachhaltig geschadet hätte.

Trotzdem ist die **Lage in der Veranstaltungsbranche nach wie vor sehr angespannt**. Die anhaltenden massiven Restriktionen und die von den Veranstaltern geforderten Massnahmen zum Schutz der Besuchenden, belasten die Branche stark. Die Angst dominiert und lähmt das ganze Geschäft. Die laufend ändernden Schutzmassnahmen bewirken einen grossen Mehraufwand, der die bereits tiefen Margen zusätzlich belastet. Das fehlende Vertrauen hat auch direkte Auswirkungen auf den Ticketverkauf. Diese Unsicherheiten führten in den vergangenen Monaten zu diversen proaktiven Absagen von vielen (theoretisch durchführbaren) Veranstaltungen.

Die erhaltenen **Überbrückungsgelder decken die effektiven Aufwendungen nur teilweise** und hinterlassen in den Büchern mit jedem weiteren Tag der Restriktionen ihre Spuren.

Der in unserer Branche bestehende zeitliche Vorlauf von mehreren Monaten für die Organisation von den Projekten wird durch **die unverhältnismässige Verlängerung der Restriktionen** und der damit verbundenen Drohkulisse zum Killer für das nötige Vertrauen in die Veranstaltungswirtschaft.

Hinzu kommt, dass die Branche in den vergangenen beiden Jahren einen grossen Verlust von Fachkräften zu verkraften hat, der sich nur mit stabilen Verhältnissen und einer Perspektive stoppen lässt.

Aus diesem Grund und **angesichts den neuesten Erkenntnissen** zur Entwicklung der Pandemie müssen wir **so rasch als möglich zur Normalität zurückfinden**. Für die Veranstaltungsbranche zählt jeder Tag, bedenkt man die zusätzliche mehrmonatige Vorlaufzeit für Veranstaltungen, müssen wir davon ausgehen, dass auch mit einer raschen Aufhebung der Massnahmen, sich erst in mehreren Monaten ein positiver Effekt einstellen wird. Die wirtschaftlichen Einbussen der Branche sind zu hoch, um ein weiteres Zuwarten zu rechtfertigen.

In der Zwischenzeit ist die Gesellschaft genügend sensibilisiert, grösstenteils geimpft oder geboostert, sodass wir es uns erlauben können, mit Zuversicht in die Zukunft blicken zu können und die Handbremse endlich zu lösen.

EXPO EVENT unterstützt somit die **Forderung für eine rasche Aufhebung der Restriktionen und eine Beschränkung auf die wichtigsten Massnahmen im Endspurt der Pandemie**.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP/BL, Vizepräsidentin Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Rede zur Medienkonferenz vom 25. Januar 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine Vorredner haben es aufgezeigt: Der Schaden, den die bundesrätlichen Corona-Massnahmen in der Schweizer KMU-Landschaft heute anrichten, ist grösser als der vermeintliche Nutzen, den sich der Bundesrat davon erhofft. Was wir hier deshalb gemeinsam fordern, ist nichts weniger als eine verbindliche Exitstrategie. Dies erst recht angesichts des rasch ansteigenden Immunisierungsgrads in Bevölkerung und der mildereren Krankheitsverläufe mit der Virusvariante Omikron. Für uns alle hier ist klar: Die Coronamassnahmen, insbesondere die Zertifikatspflicht müssen sofort, spätestens aber am 2. Februar aufgehoben werden – sie bringen ganz einfach nichts mehr.

Wir haben es gehört: Homeoffice, Quarantäne & Isolation sind überholte Konzepte, welche die Wirtschaft in sowieso schon schwierigen Zeiten weiter unter Druck setzen. Sie schaden den Betrieben und ihren Angestellten; ganzen Branchen wird zusätzlicher Schaden zufügen. Dies muss aufhören – und zwar so rasch als möglich.

Eine sofortige Aufhebung der wirtschaftlichen Einschränkungen ist umso mehr nötig,

- weil Arbeitnehmende und Arbeitgebende wieder wie gewohnt arbeiten wollen und auch müssen, um die Krise zu überwinden,
- weil sie keine weiteren Lohnneinbussen mehr hinzunehmen gewillt sind,
- und vor allem, weil sich all diese Einschränkungen nicht länger begründen lassen.

Seit Tagen ist es offensichtlich: Eine Überlastung des Gesundheitswesens ist nicht zu erkennen. Trotz steigender Fallzahlen durch die Omikron-Variante sinken oder stagnieren die Belastungen in den Spitälern, statt wie angedroht zu steigen. Die von der bundesrätlichen Task Force kreierten Horror-Szenarien sind nicht eingetroffen. Folglich lassen sich auch die Einschränkungen, die aufgrund dieser Annahmen getroffen wurden, nicht länger begründen. Angesichts der sich schnell verändernden Lage ist eine feste Verlängerung von den bestehenden Massnahmen bis Ende März nicht angezeigt. Sie sind unverhältnismässig und schaden mehr, als sie nützen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Covid-Zertifikaten sagen, die heute – quasi als eine Art gesellschaftlicher Triage – noch immer eingesetzt werden. Auch sie sind im Inland nicht länger zwingend. Stattdessen müssen sie wieder so eingesetzt werden, wie es ihrem ursprünglichen Verwendungszweck entspricht: Im internationalen Personenverkehr, bei der Einreise in die Schweiz und fallweise bei gewissen Grossveranstaltungen. Im Alltag – für den Besuch im Restaurant oder im Fitnesscenter – braucht es sie nicht mehr. Zertifikate bringen hier keinen Mehrwert, im Gegenteil: Sie vernichten Werte. Und dies können wir uns nicht länger leisten. Es ist deshalb höchste Zeit, uns von diesen überholten Massnahmen zu verabschieden, mit dem Virus zu leben und einen Schritt hin zu mehr Normalität zu wagen – unseren KMU, unserer Schweiz zuliebe.

Ich übergebe das Wort nun an meinen Kollegen Thomas Matter, Nationalrat SVP

Thomas Matter, Nationalrat SVP
Rede zur Medienkonferenz vom 25. Januar 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Ja zum Tag der Freiheit

Meine Damen und Herren

In den letzten paar Wochen ist einiges passiert. Im Vergleich zum Beginn der Covid-Pandemie sehen wir heute klarer. Vieles hat sich in den letzten zwei Jahren geändert, zum Glück auch zum Guten. Folgendes sind die Fakten:

1. Die Omikron-Variante ist hochinfektiös, nimmt aber einen harmlosen, milden Verlauf. Auch Bundesrat Alain Berset hat festgehalten, dass eine Erkrankung mit dem Coronavirus bei Geimpften inzwischen «weniger Komplikationen auslöst und besser heilbar ist – etwa wie eine Erkältung oder eine Grippe».
2. Wir wissen heute, dass rund die Hälfte der gemeldeten Covid-Fälle in den Spitälern – etwa an den Unikliniken von Genf und Zürich – gar nicht wegen Covid hospitalisiert war. Die Spitaleinweisung geschah aus anderen medizinischen Gründen.
3. Wir haben sinkende Belegungszahlen auf den Intensivstationen. Selbst in grossen Kantonsspitälern gibt es erfreulicherweise nur noch ganz wenige Covid-Patienten, die beatmet werden müssen. Von einer Überlastung der Spitäler kann keine Rede mehr sein.
4. Bundesrat Berset hat damals im Schweizer Fernsehen gesagt: «Mit dem Zertifikat kann man zeigen, dass man nicht ansteckend ist.» Heute wissen wir, dass auch ein Zertifikat nicht vor der Ansteckung schützt.
5. Bus-Chauffeure tragen wegen Atemnot und aus Gründen der Sicherheit keine Schutzmasken, was ich gut verstehe. Nur: Wieviel schädlicher ist denn diese Atemnot für unsere Schulkinder, die jetzt seit eineinhalb Jahren Masken tragen müssen – und dies erst noch im Wachstumsalter. Und ich leide im Fitness-Center mit der vorgeschriebenen Maske auch an Atemnot.

Aufgrund dieser Fakten ruft die SVP Schweiz den Bundesrat auf, die Massnahmen sofort aufzuheben, spätestens aber den 2. Februar zum «Tag der Freiheit» zu erklären. Die Menschen sollen selbstverständlich weiterhin impfen und boostern, wenn immer möglich Abstand halten und Hände waschen. Aber spätestens ab dem «Tag der Freiheit» vom 2. Februar muss es vorbei sein mit Zertifikatspflicht im Inland, Home-Office-Pflicht, Quarantänepflicht, Maskentragpflicht und überhaupt mit sämtlichen einschränkenden Corona-Massnahmen.

Wir sind zuversichtlich, dass auch der Bundesrat merkt, dass jetzt die Zeit gekommen ist, die Bevölkerung, die Wirtschaft und all die betroffenen KMUs wieder in die Freiheit zu entlassen. In diesem Sinne freuen wir uns auf den «Tag der Freiheit» vom 2. Februar 2022!



Hans-Ulrich Bigler

Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Schlussrede zur Medienkonferenz vom 25. Januar 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sie haben es gehört, sehr geehrte Damen und Herren: Die vom Bundesrat in Zusammenhang mit der Covid-Pandemie erlassenen Massnahmen führen zu massiven Problemen für unsere KMU. Und diese Massnahmen sollen nun noch verlängert werden. Der Schaden, den sie anrichten, wird dadurch noch grösser – ein zusätzlicher Nutzen ist indessen nicht zu erkennen. Aus diesem Grunde fordert die hier anwesende, breite Allianz aus KMU und Politik ein Ende dieser überholten Massnahmen.

Darf ich Sie daran erinnern, meine Damen und Herren: Der Schweizerische Gewerbeverband hat vor fast einem Jahr – also ein Jahr nach Beginn der Pandemie – gefordert, dass der Bundesrat eine Perspektive aufzeigt, wie die Schweiz aus der aktuellen Situation herauskommt. Dazu haben wir eine Roadmap vorgeschlagen. Im Zentrum dieser Roadmap stand – und steht heute weiterhin – die Logik des gezielten Schutzes. Sie bedeutet, dass vulnerable Gruppen – also alte Menschen, solche mit Vorerkrankungen etc. – gezielt geschützt werden, während die grosse Mehrheit – und die Wirtschaft – Schritt für Schritt ihre Freiheiten zurückbekommen sollten.

Seither ist ein weiteres Jahr vergangen. Und was ist geschehen? Statt dass sich der Bundesrat zu mutigen Schritten hätte durchringen können, ist das Gegenteil passiert. Nach wie vor – und das nun seit ziemlich genau zwei Jahren! – setzt sich eine selbsternannte, demokratisch nirgends legitimierte sogenannte «Wissenschaftliche Task Force» Woche für Woche in Szene. Sie entwirft regelmässig neue Untergangsszenarien, droht mit dem baldigen Zusammenbruch des Spitalwesens und verbreitet Panik.

Heute wissen wir, dass sich die allermeisten der von der Task Force prophezeiten Szenarien nicht erfüllt haben. Weder stehen die Spitäler am Abgrund noch sterben Menschen in diesem Land in riesiger Zahl. Mit anderen Worten: Eingetroffen ist regelmässig so ziemlich das Gegenteil von dem, was uns die Task Force glauben lassen wollte. Und mehr als dies: Es wird dieser Tage klar, dass die blossе Tatsache, dass die Task Force überhaupt existiert, die Folge eines groben Fehlers in der Bundesverwaltung ist. Dies hat kürzlich der frühere «Mister Corona» im Bundesamt für Gesundheit, Daniel Koch, vor einem grossen Publikum aus KMU-Vertretern an der Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters vor wenigen Tagen öffentlich bestätigt. Eigentlich hätte die vom Bund eingesetzte, demokratisch legitimierte Pandemiekommission mobilisiert werden müssen. Dass dies nicht geschehen und stattdessen die Task Force eingesetzt worden sei, bezeichnete Koch geradeheraus als – Zitat – «ein absoluter Fehler».

Diesen Fehler kann der Bundesrat heute gutmachen: Indem er die unsägliche Task Force nachhause schickt, das Heft wieder selbst in die Hand nimmt und die nutzlos gewordenen Massnahmen wie Zertifikats- und Homeoffice-Pflicht, Isolation und Quarantäne endlich beendet. Am Wochenende ist ein kleiner Hoffnungsschimmer aufgetaucht, dass es tatsächlich in diese Richtung geht. Wir fordern den Bundesrat auf, den Mut zu haben, diesen Weg weiterzugehen und unserem Land und seinen KMU die Freiheit wieder zurückzugeben. Es ist höchste Zeit dafür.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und darf Sie nun bitten, Ihre Fragen zu stellen. Anschliessend stehen Ihnen die Referentin und die Referenten gerne für persönliche Auskünfte zur Verfügung.